



Kontakt Newsletter



Nachrichten Anzeigen Über uns Stellenmarkt Abo E-Paper Login Samstag • 18. November

Reform des § 219 gefordert

18. November 2017

3

taz hält das Werbeverbot für Abtreibungen für veraltet



Die Wochenendausgabe der linksalternativen Tageszeitung taz befasst sich mit dem gesetzlich festgeschriebenen Werbeverbot für Abtreibungen. Screenshot: taz

Berlin (idea) – Die linksalternative Tageszeitung taz (Berlin) hält das gesetzlich festgeschriebene Werbeverbot für Abtreibungen für veraltet. Auf dem Titelblatt ihrer Wochenendausgabe (18./19. November) sind 27 Ärzten abgebildet sowie der Satz „Wir machen Schwangerschaftsabbrüche!“. Die Seite ist der Ausgabe des „Stern“ vom 6. Juni 1971 mit dem Titel „Wir haben abgetrieben!“ nachempfunden. Damals hatten 374 Frauen sich dazu bekannt, ihr Kind getötet zu haben und eine Reform des Paragraphen 218 gefordert. Hintergrund des aktuellen taz-Berichts ist der Fall der Gießener Ärztin Kristina Hänel. Sie muss sich am 24. November vor dem dortigen Amtsgericht verantworten, weil ihr die Staatsanwaltschaft Werbung für Schwangerschaftsabbrüche vorwirft, die laut Paragraf 219a verboten ist. Wer öffentlich seines „Vermögensvorteils wegen“ eigene Dienste zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs anbietet, wird demzufolge mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe belangt. Auf Hänel's Internetseite befand sich, so die Gießener Staatsanwaltschaft, 2015 ein Link, der zu einem Dokument mit allgemeinen Informationen zum Thema Abtreibung führte. Damit verbunden sei die Angabe gewesen, dass diese in ihrer Praxis gegen Kostenübernahme vorgenommen werden. Laut der Staatsanwaltschaft soll der Paragraf 219a verhindern, dass „der Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit als etwas Normales dargestellt und kommerzialisiert wird“.

ANZEIGE



ideaSpektrum 8 Wochen testen

- ✓ ideaSpektrum 8 Wochen lesen und nur 4 Wochen bezahlen
- ✓ Kostenlos die App für Tablet-PC und Smartphone nutzen
- ✓ Kostenloser Zugriff auf alle Inhalte von idea.de
- ✓ Lieferung frei Haus – Woche für Woche

Jetzt 50% sparen!

taz: „Abtreibungsgegner*innen“ schüchtern Ärzte systematisch ein

In der taz heißt es unter der Artikelüberschrift „Wenn Gesetze Relikte werden“, dass die 61-jährige Hänel von „radikalen Abtreibungsgegner*innen“ mittlerweile zum dritten Mal angezeigt worden sei: „Abtreibungsgegner*innen, die sich selbst gern als ‚Lebensschützer‘ bezeichnen, nutzen den Paragraphen zunehmend systematisch, um Ärztinnen und Ärzte einzuschüchtern.“

Ärztin über Abtreibungen: Es ist „meine verdammte Pflicht“, die Frauen medizinisch zu versorgen

Die Ärztin Hänel wiederum kann die Begründung der Staatsanwaltschaft nicht nachvollziehen. Sie sagte der taz: „Es ist doch niemand für Abtreibungen. Weder ich noch die Frauen, die zu mir kommen.“ Es gebe aber Situationen, in denen eine Frau eine Abtreibung „brauche“: „Es ist doch meine verdammte Pflicht, diese Frauen medizinisch zu versorgen.“ Die aktuelle Situation sei „fürchterlich“. Laut taz gibt es „unzählige Unterstützerguppen“ für Hänel, einen offenen Brief, den etwa 60 Ärzte unterschrieben haben, und eine Internetseite mit einem Spendenkonto für die Ärztin. Zudem fordere die Beratungsorganisation „Pro Familia“ – sie tritt für ein Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch ein und nimmt ihn in medizinischen Zentren auch vor – „den Gesetzgeber auf, zeitnah das Defizit bei der Information zum Schwangerschaftsabbruch zu beheben“. Am 24. November sollen ferner zwei Kundgebungen vor dem Amtsgericht Gießen stattfinden, um die Ärztin zu unterstützen. Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ habe einen Gesetzentwurf erarbeitet, in dem sie die „Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche“ fordere. Durch die „sehr weitreichende Formulierung“ des Paragraphen und seinen „Missbrauch“ durch Abtreibungsgegner entstünde „ein Klima, das die Ärztinnen und Ärzte, Beratungsstellen und Schwangeren verunsichert und die Schiefelage im geltenden Recht aufzeigt“.

Diskutieren

Bitte melden Sie sich an oder [registrieren](#) Sie sich neu, um Artikel zu kommentieren.

[Jetzt kostenlos registrieren.](#)

3 Kommentare

Kommentare sind ausgeblendet.

[Zum Einblenden der Kommentare hier klicken.](#)

DIESE WOCHE LESEN SIE

Internet Wenn Christen bloggen

Bonn Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Kongress Christenverfolgung heute

Politik Jamaika braucht den Geist von Freiburg

Pro & Kontra Muss so viel Sonntagsschutz sein?

[mehr ...](#)



[Drucken](#)

[Artikel empfehlen](#)

[Diskutieren](#)

[Fehler melden](#)

Favoriten

[Meistgelesen](#) [Meistkommentiert](#)

1. **Kommentar** Peter Hahne: Ein Anschlag auf die Pressefreiheit
2. **Pakistan** 3.000 Muslime fordern die Hinrichtung der Christin Asia Bibi
3. **Zuwanderung** Die Zahl der Geburten in Deutschland ist deutlich gestiegen
4. **Kommentar** Die EKD erweist sich einen Bären dienst
5. **Kongress Christenverfolgung** Vergesst unsere Glaubensgeschwister nicht!

ANZEIGE



© 2017 idea e.V.

[Nach oben](#)[Impressum](#)